

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 1

Artikel: Kuba endgültig sowjetisiert : der Parteikongress von Havanna hat den formellen Beweis erbracht
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094650>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Parteikongress von Havanna hat den formellen Beweis erbracht

Kuba endgültig sowjetisiert

Laszlo Revesz zum innen- und aussenpolitischen Kurs der KPK

Der kubanische Parteikongress vom Jahresende hat insbesondere zwei Aufschlüsse von zentraler Bedeutung erbracht:

● Vom eigenen kubanischen Modell bleibt nichts mehr übrig. Kuba ist intern und extern zu einem Sowjetsatelliten geworden, der die Treue zur UdSSR sogar in seine neue Staatsverfassung eingebaut hat.

● Am Beispiel von Angola ist in Havanna das direkte Interventionsrecht des sozialistischen Lagers in der Dritten Welt proklamiert worden. Die Kriegführung in Angola wird nicht etwa bestritten, sondern gepriesen.

*

Der erste Kongress der KP Kubas fand in Havanna vom 17. bis zum 22. Dezember 1975 statt. Den 3000 einheimischen Delegierten an der Premierschau gesellten sich 90 ausländische Delegationen bei: brüderliche Kommunistische Parteien, «fortschrittliche» politische Organisationen und «nationale Befreiungsorganisationen». Von den Sympathisanten, die Kuba unterweisen, bis zu den Sympathisanten, die von Kuba unterwiesen werden, war alles da.

Formalisierung nach 17 Jahren ohne Verfassung, ohne Gesetzgebung und ohne Parteiprogramm

Der Kongress stellte sozusagen die Legalisierung der herrschenden Partei dar; sie hatte das Land 17 Jahre lang ohne Parteiverfassung und ohne offizielles Parteiprogramm im Zeichen der «revolutionären Gesetzlichkeit» in der Auslegung ihrer Führung geleitet.

Diese bleibt selbstverständlich nach wie vor massgebend, aber sie hat sich jetzt ein statutarisches und programmatisches Instrumentarium sowjetischer Inspiration geschaffen. Der erstmalige Anlass ist dementsprechend das ganze Jahr über vorbereitet worden: Am sozialistischen Arbeitswettbewerb zu Ehren des Parteitags nahmen 42 000 Betriebe teil; ausserdem machten 1,8 Millionen Kubaner (neunmal mehr, als es Parteimitglieder gibt) individuelle Produktionsangebote. Der Dank für die unbezahlte Zusatzarbeit fiel feierlich aus: 84 Unternehmen wurden offiziell zu Bestbetrieben, 778 000 Werktätige zu Bestarbeitern und 34 unter ihnen zu Helden der Nationalen Arbeit.

Die Beschlüsse, die der Kongress angenommen hat, sind von grosser Wichtigkeit. Nicht, dass die bestehenden Machtverhältnisse durch sie in irgendeiner Weise geändert würden, aber sie zeigen unmissverständlich auf, wo Kuba steht: im Sowjetlager und im Sowjetmodell.

Das ist aus dem «neuen revolutionären Modell» geworden, das seinerzeit von der Weltlinken so gepriesen worden ist und unterdessen an andern

Beispielen der Zukunft gepriesen wird. Nur hat noch jede kommunistische Machtergreifung, unter welchen «neuartigen» Ansprüchen sie auch immer vorgestellt wurde, die zuverlässige Diktatur des Machtapparates gebracht, welche die Demokratie ausschliesst.

Die Hauptdokumente sind das erste Parteiprogramm der KPK, genannt Programm-Plattform, das erste Parteistatut und die Staatsverfassung. Letztere tritt erst nach einer Volksbefragung in Kraft; für das richtige Resultat ist allerdings zweifelsohne vorgesorgt.

Kampf gegen den Antisowjetismus als Bestandteil des kubanischen Parteiprogramms

Das Programm enthält die Richtlinien zum weiteren Aufbau der kubanischen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsordnung «in Uebereinstimmung mit den Forderungen der objektiven Gesetze von Aufbau und Entwicklung der kommunistischen Gesellschaftsordnung unter besonderer Berücksichtigung der konkreten Bedingungen in Kuba».

Wie die Moskauer «Prawda» in diesem Zusammenhang hervorhob, benützt dieses Dokument «die von der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Ländern im sozialistischen Aufbau gesammelten Erfahrungen». Das Programm sieht einen «kompromisslosen Kampf» gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie, gegen Antikommunismus und Antisowjetismus, gegen rechts- und linksorientierten Revisionismus vor. Das Parteistatut gab der Partei nach 17 Jahren ihren organisatorischen Rahmen. Sowohl der Organisation als auch den Funktionen der Partei liegt der «Leninsche Grundsatz» des demokratischen Zentralismus zugrunde. Wie die sowjetische Parteiverfassung regelt auch die kubanische die Führung des Staates durch die Partei. Mit der Verabschiedung der Parteistatuten wurde die Partei aus einer revolutionären Organisation zur «fest organisierten Vorhut» der Arbeiterklasse. Bis dahin hatte Castros Wille — seit 1968 unter Moskauer Anleitung — auch ohne Umweg über eine Parteiverfassung den Volkswillen direkt verkörpert.

Staatsverfassung anerkennt die KP als oberste Leitung von Staat und Gesellschaft

Das aufschlussreichste Dokument ist aber die Staatsverfassung. Ihr Entwurf wurde von den Delegierten ohne Veränderung angenommen. Sie besteht aus einer Einführung und 12 Kapiteln mit 141 Artikeln.

Der Einführung wird festgehalten: Die Republik Kuba ist ein sozialistischer Staat von Arbeitern, Bauern und allen Werktätigen, die eine physische oder intellektuelle Arbeit leisten; die

Macht gehört dem werktätigen Volk und stützt sich auf ein festes Bündnis der Arbeiter, Bauern und aller Werktätigen von Stadt und Land, aber «unter Leitung der Arbeiterklasse». Die KPK — die organisierte marxistisch-leninistische Avantgarde der Arbeiterklasse — ist nämlich die «höchste führende Kraft von Gesellschaft und Staat».

Der Artikel 5 der Verfassung bestätigt das ausdrücklich:

«Die Kommunistische Partei Kubas, die organisierte marxistisch-leninistische Avantgarde der Arbeiterklasse, ist die oberste leitende Kraft von Gesellschaft und Staat, welche die gemeinsamen Anstrengungen zur Verwirklichung der hohen Ziele des Aufbaus des Sozialismus und des Vorschreitens zur kommunistischen Zukunft organisiert und leitet.»

Zweifelsohne ist dieser Artikel die Quintessenz der Verfassung.

Ein eigenes Kapitel ist den obersten Organen der Volksmacht gewidmet.

Als oberstes Staatsorgan wird die Nationalversammlung alle fünf Jahre aufgrund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in geheimer Abstimmung gewählt (natürlich aus den von der Partei aufgestellten Kandidaten, auf der Grundlage «ein Mandat — ein Kandidat»). Sie drückt den Volkswillen aus; sie ist das einzige gesetzgebende Organ der Republik. Die parallelen Artikel der Parteiverfassung verraten jedoch den eigentlichen Sinn dieser Bestimmungen: Der alle fünf Jahre einzuberufene Parteikongress und das von ihm gewählte ZK der Partei erlassen die für alle Staatsorgane — einschliesslich Nationalversammlung — bindenden Richtlinien und Grundsätze für die gesamte legislative und administrative Tätigkeit.

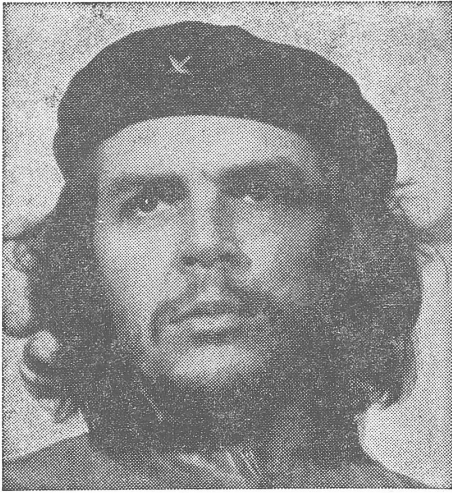
Die Nationalversammlung wählt aus ihren Reihen einen Staatsrat, dessen Vorsitzender gleichzeitig *das Staatsoberhaupt und der Regierungschef* ist. Hier liegt also ein Unterschied zu den Verfassungen der kommunistisch regierten Länder Europas. Der Ministerrat wird auf Vorschlag des Staatsrates von der Nationalversammlung gewählt; da aber seine Kompetenzen für die Zeit zwischen zwei Sessionen vom Staatsrat übernommen werden, liegen die Regierungsbefugnisse praktisch bei diesem.

Die Verfassung verankert den Grundsatz des sozialistischen Wirtschaftssystems und das Prinzip «von jedem nach seiner Fähigkeit und jedem nach seiner Arbeit» — ganz nach sowjetischem Muster.

Der «Bildung und Kultur» ist ein eigenes Kapitel gewidmet, das unter anderem betont, dass Bildung, Kultur und Wissenschaft auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen «wissenschaftlichen» Weltanschauung gefördert werden müssen.

Die Verfassung verkündet ferner die Gleichberechtigung der Staatsbürger (im Sinne von Art. 5 sind jedoch die Parteileute «gleichberechtigter»); sie formuliert die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger nach sowjetischem Vorbild.

Kuba ist ein Bestandteil der sozialistischen Weltgemeinschaft; darin liegt die Garantie seiner Unabhängigkeit und allseitigen Entwicklung. Der Staat achtet die Prinzipien des proletarischen Internationalismus und der militanten Solidarität der Völker.



Noch immer profitiert Kuba vom revolutionären Nimbus, der sich zum Beispiel in der Guevara-Mythologie niederschlug. Die gleichzeitige Zugehörigkeit Kubas zur angeblich befreiten Dritten Welt und zum Sowjetlager ist für das internationale Vorgehen Moskaus besonders nützlich, was sich heute gerade an der Arbeitsteilung in Angola zeigt.

Treue zur Sowjetunion als Prinzip des Grundgesetzes

Das kubanische Grundgesetz definiert die Außenpolitik nach sowjetischen Bedürfnissen:

Nach bulgarischem Muster (1971) ist sogar der «sozialistische Internationalismus» (also die beschränkte Souveränität zugunsten der Sowjetunion) festgehalten: Die Grundlage der Beziehungen Kubas zur (speziell genannten) UdSSR und zu den übrigen sozialistischen Staaten seien der sozialistische Internationalismus, die gemeinsamen Ziele des Aufbaus der neuen Gesellschaft, die brüderliche Freundschaft und Zusammenarbeit sowie die gegenseitige Hilfe.

Es heisst in diesem Verfassungsteil ferner, Kuba setze sich für einen dauerhaften Frieden ein, der sich auf die Unabhängigkeit und Souveränität der Völker und auf ihr Recht zur Selbstbestimmung stütze. Dass diese Selbstbestimmung genau das bedeutet, was in der UdSSR den Ukrainern, Weissrussen, Polen, den baltischen Völkern, den zentralasiatischen und den Kaukasusvölkern gewährt wird, kann nicht angezweifelt werden. (Vgl. die Behandlung des ohne Aenderung verabschiedeten Verfassungsentwurfes: «Prawda», 11. 4. 1975)

Die Nationalversammlung soll am 2. Dezember 1976, 20 Jahre nach der Landung der ersten Gruppe von kubanischen Aufständischen unter Castros Führung, ihre Arbeit aufnehmen. («Prawda», 19. 12. 1975)

Einstimmig angenommen: Die «universale Geltung» der sowjetischen Erfahrungen

Der Kongress verabschiedete auch die Direktiven zum Fünfjahresplan 1976—1980, der als zentrale Aufgabe die Beschleunigung der Industrialisierung vorsieht; «momentan» soll jedoch das Hauptgewicht auf die Landwirtschaft gelegt werden. Der Kongress sprach sich für die Koordinierung des kubanischen Volkswirtschaftsplanes mit den Plänen der übrigen sozialistischen Länder aus.

Ein wichtiger Kongressbeschluss führt die neue Wirtschaftsverwaltung und -planung in Kuba ein,

auf der Grundlage der einheitlichen und zentralisierten Planung. («Prawda», 23. 12. 1975) Zur Grundlage der Wirtschaftsführung wird das sowjetische «Chosrastschot-System» (d. h. die bilanzierende Wirtschaftsführung) erklärt.

Durch diese Beschlüsse ist die Sowjetisierung offizielle Wirklichkeit geworden. «Die universale Geltung der sowjetischen sozialistischen Erfahrungen» wurde vom Parteikongress einstimmig anerkannt!

Von Bedeutung ist auch die aussenpolitische Resolution des Kongresses: Die wichtigste Richtung der kubanischen Außenpolitik bleibt weiterhin die Ausdehnung des Bündnisses mit der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Ländern; die Partei unterstützt den Beschluss der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas und des Karibischen Raumes vom Juni 1975 über die Einberufung einer neuen internationalen Konferenz aller Kommunistischen Parteien der Welt.

Ausdrückliche Bestätigung des Interventionsrechtes von Kuba und Sowjetlager in Angola

Von besonderer Bedeutung war die Schlussrede Castros («Prawda», 25. 12. 1975), in der er die kubanische Intervention in Angola rückhaltlos gutheisst.

Castro führte zur Unterstützung der MPLA aus:

«Der amerikanische Präsident Ford behauptet, die kubanische Hilfe fürs angolische Volk verhindere die Besserung der kubanisch-amerikanischen Beziehungen. Die USA sind wahrscheinlich der Auffassung, dass wir bereit seien, im Interesse der Verbesserung unserer Beziehungen auf die Prinzipien der Revolution zu verzichten. Wir werden niemals auf die Solidarität mit dem Volk Angolas verzichten, und wir werden ihm in seinem Kampf gegen die Aggression seitens der Südafrikanischen Republik und anderer imperialistischer Kräfte weiterhin vollständige Unterstützung gewähren. (...) Die kubanische Revolution hat schon immer eine Politik der Solidarität mit den Bewegungen der nationalen Befreiung der afrikanischen Völker geführt. (...) Die Imperialisten haben sich verrechnet. Sie berücksichtigen in ihren Plänen die internationale Solidarität, die Hilfe der revolutionären und fortschritt-

lichen Bewegungen und der sozialistischen Staaten — unter ihnen des kubanischen Volkes — sowie der fortschrittlichen Bewegungen Afrikas nicht. Kuba verfolgt bei der Unterstützung Angolas keinerlei egoistische Interessen. Wir suchen dort weder Kupfer noch Oel oder Eisen. Wir erfüllen lediglich unsere internationale Pflicht; wir führen eine Politik, die sich auf die Prinzipien des Internationalismus stützt. (...) Das Volk Kubas wird in diesem Kampf immer mit den afrikanischen Völkern zusammen sein.»

Auf die Frage, ob es möglich sei, unter diesen Bedingungen die kubanisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern, antwortete Castro noch einmal: «Wir werden auf unsere Prinzipien niemals verzichten. Wer uns solche Bedingungen stellt, denkt, er habe mit dem alten Kuba zu tun. Dies ist aber ein neues Kuba. Und solange man sich diese Wahrheit nicht angewöhnt, gibt es keine Möglichkeiten für die Aufnahme der Beziehungen zu den USA.»

Wenn man dazu noch berücksichtigt, dass die am 15./16. Dezember 1975 in Moskau abgehaltene Beratung der Aussenminister der europäischen sozialistischen Länder (Bulgarien, Ungarn, DDR, Polen, Rumänien, UdSSR und CSSR) in Punkt 7 ihres Communiqués «die Entschlossenheit» der sozialistischen Länder betonte, «die Volksrepublik Angola zu unterstützen», wird es offenkundig, dass das Moskauer Lager in Angola unter allen Umständen Fuss fassen will. («Prawda», 17. 12. 1975) In dieser Bestrebung kommt Kuba — infolge der Hautfarbe vieler seiner Bewohner — eine besonders wichtige Rolle zu.

Kuba hat heute diplomatische Beziehungen zu 95 Ländern — darunter zu 11 lateinamerikanischen und karibischen Ländern — und sieht seine wichtigste aussenpolitische Funktion in der Förderung der marxistisch-leninistischen — d. h. der Moskauer — Revolution in der Dritten Welt, da es selbst zu dieser Welt gehört. Aus diesem Grunde hat es viel vorteilhaftere Bedingungen als die europäischen Satelliten Moskaus oder Moskau selbst, im erwähnten Raum den Kampf gegen den chinesischen Einfluss aufzunehmen. ■



Breschnew bei Castro. Die Satellisierung Kubas, das sich 1963 von Moskau distanziert hatte, durch die Sowjetunion begann 1968. Heute ist sie, wie die Kongressdokumente beweisen, restlos durchgeführt.